

WÄHLERZORN IN NRW:**Schluss mit der schwarz-gelben Koalition und ihrer Politik****Politikwechsel: Sofortmaßnahmen zum Schutz des arbeitenden Volkes vor Krise und Spekulation****SPD-Verantwortliche, habt den Mut, dafür die Regierungsgewalt in die Hand zu nehmen**

Die Wählermehrheit hat der schwarz-gelben Koalition, der Koalition der bürgerlichen Parteien, in NRW und Berlin ein Wahldesaster beschert.

Sie will, dass Schluss ist damit, den Verursachern der Krise, den Banken und Spekulanten und den Konzernen, Hunderte Milliarden staatlicher Gelder zur Rettung ihrer Profite zu reichen und der Bevölkerung dafür die Rechnung zu präsentieren.

Was für NRW hieß, den Kommunen die Verschuldungs- und Sparschlinge um den Hals zu legen, Krankenhäuser zu schließen, Studienplätze zu streichen und Studiengebühren zu erheben und Arbeitnehmerrechte zu kassieren...

Was für NRW hieß: GM Hunderte Millionen zu versprechen dafür, dass 1800 Arbeitsplätze (vorläufig) bei Opel Bochum fallen und die restlichen Kollegen ihres Tariflohns beraubt werden; und dass Abertausende produktive Arbeitsplätze vernichtet und Hunderttausende Kollegen zu Lohnkürzungen und Kurzarbeit verurteilt wurden.

Sie will, dass Schluss ist mit der Politik der schwarz-gelben Koalition unter Merkel - unterstützt von der Regierung Rüttgers -, die dem griechischen Volk ein „Blut-, Schweiß- und Tränen“-Programm aufzwingt, wie das noch nie eine Nation in "Friedenszeiten" erlebt hat. Während sie für die Banken und Spekulanten, die Griechenland in den Staatsbankrott getrieben haben und ganz Europa in diese Katastrophe hineinzuziehen drohen, ein gigantisches Rettungsprogramm von Hunderten von Milliarden Euro im Bundestag durchpeitscht, die aus den öffentlichen Haushalten gezahlt werden müssen.

Hunderttausende Arbeitnehmerwähler, traditionelle SPD-Wähler haben zugleich einer SPD unter der Spitzenkandidatin Hannelore Kraft ihre Stimme verweigert. Mit dem erneuten Verlust von 385.000 Stimmen war das schlechteste Landtagswahlresultat seit über 50 Jahren.

Wie viel Erbitterung und Zorn entladen sich bei Arbeitnehmern und Jugend an Rhein und Ruhr, wann endlich Schluss sei mit einer SPD-Führung, die diese Politik „Geld für die Banken und Konzerne – zahlen muss die Bevölkerung“ in der großen Koalition verantwortlich mit vorangetrieben hat und die gleiche Politik der Merkel-Regierung und von Rüttgers aus der Opposition unterstützt hat; mit einer Position von Hannelore Kraft, die noch im Wahlkampf die mit staatlichen Geldern subven-

tionierte Arbeitsplatzvernichtung von Rüttgers gegen Opel Bochum und die vielen Industriebetriebe „nur unterstützen“ konnte. (...)

Schluss mit der Politik der SPD- „Opposition“ unter Steinmeier, der sich sofort beeilt hat, die prinzipielle Zustimmung der SPD zu der Milliardenflutung für die Banken und Spekulanten und zu dem drakonischen Sparprogramm gegen das griechische Volk zu erklären. Welche Wähler glaubte die SPD-Führung mit der vagen Einforderung von späteren symbolischen Maßnahmen gegen die Zocker auf den Finanzmärkten davon ablenken zu können?

Diese Politik der SPD-Führung in Berlin und NRW war wahrlich nicht geeignet, die Arbeitnehmerwähler für den Sieg einer SPD-Regierung zu mobilisieren.

Das schlechteste Wahlergebnis seit 60 Jahren... ein Grund zum Feiern? Und in NRW die gleiche Politik in einer Regierung mit SPD-Beteiligung fortsetzen?

D.h. Auslieferung an die riesige Erpressungswelle der „Finanzmärkte“, die in ganz Europa auf uns zu rollt? (...)

Die Wähler wollen den sofortigen radikalen Wechsel der Politik!

Sofortmaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor der Krise und der neuen 750 Milliarden-Erpressung durch die Banken und Spekulanten!

Wo ist der Mut der verantwortlichen Sozialdemokraten, sich darauf zu verpflichten und die Regierungsgewalt dafür zu übernehmen?

Sozialdemokratische Verantwortliche habt den Mut, eine SPD-geführte Regierung auf Sofortmaßnahmen zu verpflichten:

(...) Entscheidet dafür, Opel Bochum mit allen Arbeitsplätzen unter staatlichen Schutz zu stellen, als erste Maßnahme der Verteidigung aller industriellen Arbeitsplätze in der Industrie in NRW. Eine Initiative gegenüber der Bundesregierung und im Bundesrat zu ergreifen, damit das in allen Bundesländern geschieht!

- Verbot der Spekulation;

Wirkliche Verstaatlichung der Privatbanken mit allen Vermögenswerten. Einsatz aller Mittel für die Kreditfinanzierung der produktiven Wirtschaft und der öffentlichen Aufgaben und Infrastruktur.

- Initiative im Bundesrat und gegenüber der Bundesregierung für die Annullierung

des „Griechenlandpaketes“, Milliarden für die Banken fließen zu lassen und das griechische Volk opfern zu lassen.

Ablehnung des neuen 750-Milliarden-Rettungsplans für die Finanzmärkte.

Rückholung der an die Banken geflossenen Milliarden und ihr Einsatz für die Finanzierung der staatlichen, sozialen und öffentlichen Aufgaben, der Daseinsvorsorge in Ländern und Kommunen.

Streichung der Schulden und Schuldzinsen, um die Kommunen aus dem Würgegriff der Verschuldung zu befreien (...)

Es ist wenig Zeit! Stunde um Stunde wächst der Druck! (...)

Die arbeitende Bevölkerung und Jugend, in ganz Deutschland braucht und will eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung in NRW, die den Mut hat den Spekulanten, die die Lebensgrundlage der Völker zerstören, entgegenzutreten.

Wie auch immer die Entscheidung aussehen wird, die in der SPD getroffen wird, unsere Entscheidung ist klar: Wir bereiten uns auf diesen Zusammenprall vor.

Wir wenden uns an alle Kollegen, an die Gewerkschafter, an unsere Genossen in den Ortsvereinen lasst uns die Kraft sammeln und organisieren, die den Kampf für diese Forderungen verstärkt führen kann.

„Unser Schicksal, das Schicksal der Arbeitnehmer und Völker in ganz Europa, war niemals so eng miteinander verbunden!“

Deshalb unterstützen wir gerade auch auf Grund unserer Erfahrungen in NRW die europäische Arbeitnehmerkonferenz, zu der Gewerkschafter, Sozialdemokraten und politisch Engagierte der deutschen Arbeiterbewegung angesichts der dramatischen Entwicklung der Situation in großer Dringlichkeit Kollegen und Kolleginnen am 19. / 20. Juni in Berlin in ganz Europa eingeladen haben.

„Lasst uns einen „Arbeitnehmer-Pakt“ bilden, um die vor uns stehenden Kämpfe besser bestehen zu können“

Kontakt: H.-W. Schuster (SPD, Afa-UB-Vorsitzender, Düsseldorf); Henning Frey (SPD, GEW, Köln); Peter Kreutler (SPD, Afa-UB-Vorstand Düsseldorf, ver.di-Vertrauensmann); Mirco Kischkat (SPD, Afa-UB-Vorstand Castrop-Rauxel, ver.di-Vertrauensmann)

(Der vollständige Text kann über die Redaktion bezogen werden)